

Antwort auf aktuelle Fragen

Welche Kräfte begünstigen die Rechtsentwicklung?

Eine großangelegte Offensive des Monopolkapitals gegen die demokratischen Grundrechte der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ist im Gange. Angesichts der tiefen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Krisenerscheinungen mit ihren langfristigen Folgen ist vor allem die politische Rechte in den kapitalistischen Staaten dabei, ihre Kräfte neu zu formieren bzw. umzugruppieren. Die Positionen des erzreaktionären Flügels in traditionell als konservativ geltenden Parteien werden gefestigt, und seine Exponenten melden sich immer lautstarker zu Wort. Die Hauptkräfte, die einen

harten Kurs zu steuern gewillt sind bzw. schon steuern, sind die Repräsentanten des Militär-Industrie-Komplexes in den USA und Westeuropa; es sind die ultrarechten Kreise in den konservativen Parteien Großbritanniens, Japans, Italiens, der BRD sowie anderer kapitalistischer Staaten und die hinter ihnen stehenden bzw. von ihnen repräsentierten Kreise des Monopol- und Rüstungskapitals. Gerade das Rüstungskapital widersetzt sich jeder Profitminderung am härtesten. Liegen doch die Profite in diesen Monopolen um das Zwei- bis Dreifache höher als in den Zweigen ziviler Produktion.

Verstärkte Angriffe auf politische und soziale Rechte

Die innenpolitische Situation der kapitalistischen Länder ist dadurch charakterisiert, daß der Militär-Industrie-Komplex seinen Einfluß und sein Zusammenspiel mit der imperialistischen Staatsmacht erheblich verstärkt hat und die reale Macht zunehmend in seinen Händen konzentriert. Auf weite Sicht ist gerade den am weitesten rechts stehenden Kräften die Aufgabe zugeordnet, die praktische Vorbereitung auf eventuelle „Komplikationen“ an der inneren Front des Klassenkampfes abzusichern. Mit „harter Hand“ soll durchgegriffen werden, um die Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zu gewährleisten und die Werktätigen politisch und so-

zial immer mehr zu entrechten. Die jahrzehntlang betriebenen Falschinterpretationen des kapitalistischen Systems wie „Wohlfahrtsstaat“ und „Sozialpartnerschaft“ weichen jetzt einer unverhüllteren und brutaleren Sprache der Monopolherrschaft. Immer nachdrücklicher verlangt das Monopolkapital prinzipiell mehr Handlungsspielraum für eine noch hemmungslosere Ausbeutung und Profitmaximierung.

Es fordert unter anderem den Abbau von Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die Beseitigung aller Gesetze und Verordnungen, die einem noch höheren Profit im Wege stehen. Mit Gerichtsentscheidungen

wird versucht, die Aussperrung als legitimes Mittel des Unternehmers zu sanktionieren. Unverkennbar sind Spaltungsversuche von Einheitsgewerkschaften. Energisch wird gegen den „Ausbau des sozialen Netzes“ Front gemacht und der weitere Abbau sozialer Errungenschaften forciert. Daß dabei Demagogie und Lügen stets mit im Spiel sind, bestätigt der BRD-„Bundesverband der Deutschen Industrie“, wenn er verkündet, daß der Kampf der Werktätigen um höhere Löhne angesichts rapide steigender Preise „zu einer Schwächung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen geführt“ habe.

Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Während in zahlreichen kapitalistischen Staaten die Reallöhne der Werktätigen eine sinkende bzw. stagnierende Tendenz aufweisen, sind die Profite vor allem des Großkapitals enorm gestiegen. So konnte zum Beispiel der Siemens-Konzern seine Netto-profite von 3,441 Milliarden DM im Jahre 1977 auf 4,375 Milliarden im Jahre 1978 steigern. Erst kürzlich mußte die Bundesbank der BRD eingestehen, daß das Großkapital 1978 „merklich bessere Ergebnisse“ als 1977 verzeichnen konnte und mit insgesamt 127 Milliarden DM ein „Jahresüberschuß“ erzielt wurde, der um sechs Prozent über den Ergebnissen von 1977 liegt.

Erhebliche Abstriche wurden in einigen kapitalistischen Ländern am Budget für Gesundheitsfürsorge vorgenommen. Auch die Streichung bereits zugesagter Rentenerhöhungen und andere Formen eines „schleichenden“ Sozialabbaus sind an der Tagesord-